



Universal Peace Federation – Deutschland e.v.

HDIM.NGO/45/07
25 September 2007
German

Hauptstadtbüro: Marienstr. 19-20, 10117 Berlin • Tel: 030-28482340, Fax: 030-28482349 • www.upf-deutschland.de • www.upf.org

[Peace Federation • Grabenstr. 24 • 61479 Glashütten](#)

Büro für Öffentlichkeitsarbeit:

Grabenstr. 24

61479 Glashütten

Tel: +49 6174 934260

Fax: +49 6174 963023

info@upf-deutschland.de

OSCE Human Dimension Implementation Meeting Warsaw, 25 September 2007

Working Session 2:

Combating intolerance and discrimination and promoting mutual respect and understanding

Religionsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland:

Über die anhaltenden Schwierigkeiten der Bundesregierung, gegenüber religiösen Minderheiten eine unvoreingenommene Haltung einzunehmen

Empfehlungen:

- 1. Der Bundesregierung wird empfohlen, mittels ihrer zuständigen Ministerien, wie dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie dem Innenministerium, neue Umgangsformen mit religiösen Minderheiten zu schaffen; anstatt religiöse Minderheiten als „destruktive Sekten“ und „verfassungsfeindliche Organisationen“ zu klassifizieren, sollten sie als das wahrgenommen werden, was sie wirklich sind: Minoritäten mit einer speziellen religiösen Überzeugung.*
- 2. Der Bundesregierung wird empfohlen, ihr Wissen und ihre Beurteilung über religiöse Minderheiten auf einen direkten Erfahrungsaustausch mit den fraglichen Gruppen basieren, sowie auf Gutachten von Religionswissenschaftlern, und nicht auf die Meinungsmache sogenannter „Sektenexperten“ der beiden Amtskirchen oder fraglicher „Anti-Sekten Organisationen“, wie FECRIS und ihre Verbündeten.*
- 3. Der Bundesregierung wird empfohlen, endlich die Vorgaben der interparlamentarischen Enquete Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ von 1998 umzusetzen, in dem die Regierungsbehörden ausdrücklich aufgefordert werden, auf den diffamierenden Begriff „Sekte“ gänzlich zu verzichten, zugunsten der Bezeichnung „religiöse Minderheiten.“*
- 4. Der Bundesregierung wird empfohlen, die Abteilung „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“, die immer noch Teil des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist, neu zu strukturieren und umzubenennen. Die Abteilung sollte ihre gegenwärtige Vorgehensweise, die auf Ausgrenzung und Inkriminierung der ihnen anvertrauten Minderheiten abzielt, dahingehend ändern, dass stattdessen ein Umgang gepflegt wird, der sich durch gegenseitigen Respekt und guten Willen auszeichnet, und für beide Seiten dienlich und förderlich ist.*

Das OSCE Human Dimension Implementation Meeting bietet eine jener seltenen Gelegenheiten für Nichtregierungsorganisationen, ihre Meinung im Gegenüber mit Verantwortlichen der Regierung zu äußern, die nicht immer willens sind, ihre Stimme zu hören. Westeuropäische Länder haben die Tendenz, sich gerne selbst als beispielhafte Demokratien zu präsentieren, in denen alle Bürger gleiche Rechte und Freiheit besitzen. Und während dies auf eine Mehrheit der Bürger tatsächlich zutreffen mag, gibt es immer noch Minoritäten, die um ihre in der Verfassung garantierten Rechte kämpfen müssen.

Das gilt im Besonderen für den Umgang der Bundesregierung mit religiösen Minderheiten. Hier einige Beispiele:

- Das Innenministerium hat die Tendenz, mögliche Bedrohungen durch islamische-Fundamentalisten zu überhöhen, was zur Folge hat, dass alle Muslime unter einen Generalverdacht gestellt werden. Anstatt den Dialog mit moderaten islamischen Gruppen zu suchen, diskutiert das Ministerium die Frage, ob ein Passagierflugzeug mit Terroristen an Bord durch die Armee abgeschossen werden sollte, oder nicht.
- Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beherbergt immer noch eine Abteilung unter dem Namen „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“. Der Zweck dieser Abteilung scheint zu sein, religiöse Minderheiten, die nicht Teil der beiden Amtskirchen sind, nämlich der Katholischen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche, zu diffamieren und auszugrenzen. Die Abteilung weigert sich bis auf den heutigen Tag, mit den ihr anvertrauten Gruppierungen einen unmittelbaren Kontakt aufzunehmen, sondern zieht es stattdessen vor, Aussagen und Meinungsmache der amtskirchlichen „Sektenexperten“ und „Anti-Sekten Organisationen“ zu übernehmen. Literatur und Gutachten von Religionswissenschaftlern finden dagegen kaum Eingang in die Urteilsfindung der Abteilung. Damit steht die Bundesregierung im Widerspruch zu den im Jahre 1998 veröffentlichten Empfehlungen der fraktionsübergreifenden Enquete Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“, in dem u.a. zu lesen ist:

a) Der Staat hat gemäß der in Artikel 4 Grundgesetz festgeschriebenen Neutralität und Toleranz die Entscheidung und das Bekenntnis des einzelnen zu seinem Glauben zu respektieren (S.148-149)

b) Bezüglich der laut Einsetzungsbeschluss hier besonders zu untersuchenden Gruppenstrukturen, Aktivitäten und Ziele ist festzustellen, dass diese zunächst und grundsätzlich nicht aus dem Rahmen von Religionen, religiöser Gruppen, Weltanschauungsgemeinschaften, aber auch anderer gesellschaftlicher Gruppen fallen. (S.149)

c) In Anbetracht der in Kapitel 2 dargestellten Unschärfe und Missverständlichkeit des Begriffes der „Sekte“ hält es die Enquete-Kommission für wünschenswert, wenn im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung mit neuen religiösen und ideologischen Gemeinschaften und Psychogruppen auf die weitere Verwendung des Begriffes „Sekte“ verzichtet würde. Insbesondere in Verlautbarungen staatlicher Stellen – sei es in Aufklärungsbroschüren, Urteilen oder Gesetzestexten – sollte zukünftig die Bezeichnung „Sekte“ vermieden werden. (S.154)

Während andere Minoritäten von der Bundesregierung anerkannt sind und mit ihr in einem guten Verhältnis stehen, gilt das für religiöse Minderheiten immer noch nicht. Dr. Aaron Rhodes, Direktor der Internationalen Helsinki Föderation für Menschenrechte hat dazu gestern in seiner Hauptrede anlässlich der Eröffnungsveranstaltung völlig richtig bemerkt:

„... religiöse Minderheiten werden anscheinend im Allgemeinen immer noch als Bedrohung empfunden mit der Begründung, man könne sie nur schwer verstehen; die Loyalität einiger großer religiöser Gemeinschaften wird damit eingekauft, dass ihr traditionell begünstigter Status geschützt wird, ihr Marktanteil an Gläubigen ...“